

träge zu anderen Staaten wie beispielsweise die Analyse der (Selbst-)Darstellung der Dnjestr-Republik im Internet von Stefan Troebst methodisch anregender sind und auf bisher kaum von der historischen Forschung beachtete Quellen hinweisen. Es sei aber angemerkt, daß die Texte zu den ostmitteleuropäischen Staaten in der Sektion über die Zwischenkriegszeit mit fünf Beiträgen einen gewissen Schwerpunkt bilden, wie auch die zwei Aufsätze zu Polen in der Sektion für die Zeit nach 1945. Es geht bei den Ostmitteleuropa betreffenden Darstellungen vor allem um architektonische und städtebauliche Ausdrucksformen von Geschichtskultur (z.B. Beate Störckhls Beitrag über Gdynia oder Jacek Friedrichs Analyse des Wiederaufbaus nach 1945 in Warschau, Danzig, Kaliningrad und Minsk), aber auch um polnische Regimentsabzeichen im Ersten Weltkrieg (Roger Pilachowski) und Malerei (z.B. Ivan Gerát über das Werk von Ludovít Fulla).

Insgesamt zeigt der Band ein facettenreiches Panorama der Gestaltung historischen Bewußtseins durch visuelle Mittel auf, wobei verschiedene Forschungsdesiderate deutlich werden. Indem sie umfangreiches grundlegendes Anschauungsmaterial liefern, können die Aufsätze jedoch als Anregung und Ausgangspunkt für weitere, vertiefende Forschungen dienen und in gewisser Weise vielleicht auch zu einer methodisch-theoretischen Weiterentwicklung beitragen.

Marburg/Lahn

Heidi Hein-Kircher

* Diese Rezension erschien auch in: sehepunkte (www.sehepunkte.historicum.net).

German Scholars and Ethnic Cleansing, 1920-1945. Hrsg. von Ingo Haar und Michael Fahlbusch. Berghahn Books. New York – Oxford 2005. XXI, 298 S. (\$ 80,-.)

Wissenschaft – Planung – Vertreibung. Neuordnungskonzepte und Umsiedlungspolitik im 20. Jahrhundert. Hrsg. von Isabel Heinemann und Patrick Wagner. (Beiträge zur Geschichte der Deutschen Forschungsgemeinschaft, Bd. 1.) Steiner Verlag. Stuttgart 2006. 219 S. (€ 36,-.)

Daß sich deutsche Kulturwissenschaftler bereitwillig an der ideologischen Legitimierung und praktischen Vorbereitung des nationalsozialistischen Eroberungs- und Vernichtungskrieges beteiligt haben, daß ihre Selbstinstrumentalisierung für die Interessen des Regimes ein verbreitetes und keineswegs ein abseitiges Verhaltensmuster dargestellt hat, dürfte inzwischen nicht mehr grundsätzlich in Zweifel gezogen werden. Jenseits dieses Konsenses bleiben allerdings nach wie vor viele Fragen offen, zahlreiche Probleme ungeklärt und vor allem die Deutungen und Wertungen im einzelnen umstritten. Generalurteile, wie sie insbesondere Michael Fahlbusch und Ingo Haar im Kontext der seit Mitte der 1990er Jahre geführten Debatte über ‚Kulturwissenschaftler im Nationalsozialismus‘ vorgebracht haben, konnten eben keineswegs eindeutige Erklärungen und abschließende Antworten bieten. Ihr Verdienst bleibt es, die Debatte mit Verve und Polemik (wenn auch mitunter auf Kosten einer handwerklich sauberen Arbeit an den Quellen) maßgeblich belebt und vorangebracht zu haben. Diese Debatte wird inzwischen auch im Ausland, nicht zuletzt in der universitären Lehre, rezipiert. Der von Haar und Fahlbusch herausgegebene Sammelband dürfte daher als ein handlicher „Reader“ zweifellos auf großes Interesse stoßen. Er bietet eine Reihe von Beiträgen von Haar, Fahlbusch, Hans Derks, Christof Morrissey, Frank-Rutger Hausmann, Karl-Heinz Roth und Jan Piskorski, deren Argumente dem interessierten deutschsprachigen Leser aus anderen Veröffentlichungen durchweg bereits bekannt sind. Auch die Ausführungen von Eric J. Schmaltz und Samuel D. Sinner über Georg Leibbrandts und Karl Stumpfs Wirken in der Ukraine sind wörtlich zuvor bereits in den *Holocaust and Genocide Studies* publiziert worden. Die anderen fünf Beiträge bieten gleichwohl interessante neue Einsichten in das volksgeschichtliche Konzept Erich Keyzers (Alexander Pinwinkler), das Engagement deut-

scher Wissenschaftler im Kontext der NS-Politik in Slowenien und Norditalien (Michael Wedekind), die Kollaboration rumänischer Wissenschaftler mit deutschen ethnopolitischen Institutionen während des Zweiten Weltkriegs (Viorel Achim), das nationalsozialistische Wirken des Kaiserslauterner Migrationsforschers Fritz Braun (Wolfgang Freund) sowie jenes des protestantischen Theologen und völkischen Ideologen Otto Scheel (Erich Kurlander). Der Nutzen des Bandes beschränkt sich damit erfreulicherweise nicht nur darauf, einen Teil der in der innerdeutschen Diskussion ausgetauschten Interpretationen und Argumente an ein englischsprachiges Publikum zu vermitteln.

Zu den umstrittenen Fragen in dieser Diskussion gehört die These, daß die einschlägige kulturwissenschaftliche Forschung in den sog. volksdeutschen Forschungsgemeinschaften zu einem mächtigen „*brain trust*“ zusammengefaßt und politisch vollständig auf eine einheitliche Linie gebracht worden sei. Diese Vorstellung unterstellt den fraglichen Institutionen eine Effizienz und Organisationsdichte, die sie selbst zwar gern für sich in Anspruch genommen und in ihren Rechenschaftsberichten immer wieder behauptet, die sie in Wirklichkeit aber zu keinem Zeitpunkt erreicht haben. Sie läßt zudem außer Acht, daß einschlägige Forschung auch in einer ganzen Reihe anderer Strukturen gefördert worden ist, die volksdeutschen Forschungsgemeinschaften also keineswegs jenes monolithische bzw. monopolistische System zentral gelenkter „Großforschung“ repräsentiert haben, von dem uns Fahlbusch und Haar immer wieder zu überzeugen versuchen. Auch die 1920 als „Notgemeinschaft der deutschen Wissenschaft“ gegründete Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) hat im ‚Dritten Reich‘ Forschungen gefördert, mit denen nationalsozialistische Planungen und deren Umsetzungen wissenschaftlich fundiert werden sollten. Diese und andere Zusammenhänge werden seit einiger Zeit im Rahmen eines größeren Forschungs- und Konferenzprogramms untersucht, mit dem die 1949 wiederbegründete DFG den Versuch unternimmt, ihre eigene Geschichte aufzuarbeiten. Aus diesem Kontext ist der von Isabel Heinemann und Patrick Wagner herausgegebene Sammelband hervorgegangen. Er thematisiert an drei konkreten Beispielen das Verhältnis von Wissenschaft, nationalsozialistischer Planung und nationalsozialistischer „Neuordnungs“- und „Umsiedlungs-Politik“.

Heinemann untersucht das Verhältnis von Wissenschaft, Forschungsförderung und konkreten „Homogenisierungsplanungen“ am Beispiel der megalomanischen und menschenverachtenden Neuordnungsphantasien der SS, die gewöhnlich unter dem Stichwort „Generalplan Ost“ zusammengefaßt werden. Dazu rückt sie Person und Funktion des SS-Planungsbeauftragten und Agrarwissenschaftlers Konrad Meyer ins Zentrum ihrer Betrachtung, auf dessen Karriere (auch nach 1945) sie interessante neue Schlaglichter werfen kann. Vor allem aber kann sie zeigen, daß die Arbeiten Meyers und seines Stabes nicht nur „gewissermaßen den Masterplan für die verbrecherische Volkstumspolitik der SS in Osteuropa“ lieferten, sondern daß ein Teil dieser ‚Grundlagenforschung‘ von der DFG finanziert worden ist; zwischen 1941 und 1944 bewilligte sie dem Meyerschen Planungsstab insgesamt 510 000 RM und förderte damit Forschungsaktivitäten, die direkt in den „Generalplan Ost“ und den „Generalsiedlungsplan“ eingingen. „Damit entstanden“ – so Heinemanns Resümee – „der Generalplan Ost und ähnliche Umsiedlungspläne der SS [...] aus der Mitte der ‚seriösen‘ Forschung heraus.“

Daß dies in ähnlicher Weise auch für jene agrar- und sozialpolitischen Neuordnungspläne galt, die auf das Altreich zielten und zum Zwecke eines fundamentalen Umbaus der ländlichen Gesellschaft in der Theorie letztlich nicht weniger gewalttätige Umsiedlungen vorsahen (die in der Praxis freilich sehr rasch an normative Grenzen stießen, konnte man die eigene Bevölkerung doch nicht, wie jene der besetzten Ostgebiete, einfach über Nacht von ihrem Grundbesitz vertreiben und deportieren), erörtert Uwe Mai. Wie er zeigt, wurden die entsprechenden Neuordnungsprogramme, die im übrigen – vor allem über das Problem der Mobilisierung deutscher Siedler für den eroberten Osten – durchaus mit den Ost-Plänen verzahnt waren, in beachtlichem Umfang durch universitäre Grundlagenforschung ‚unabhängiger‘ Wissenschaftler empirisch untermauert. Daß die Neuordnungspläne,

die rasch jeden Realismus verloren, durch die Einbeziehung wissenschaftlicher Expertise keineswegs modifiziert oder entschärft wurden, läßt die Rolle der beteiligten Wissenschaftler nur in einem um so dunkleren Licht erscheinen.

Der grundsätzliche Gegensatz zwischen realitätsferner Planung und konkreter Praxis trat auch im besetzten Osteuropa zutage. Christoph Dieckmann führt dies am Beispiel der deutschen Siedlungspolitik im besetzten Litauen und der Rücksiedlung von knapp 19 000 der im Frühjahr 1941 „heim ins Reich“ umgesiedelten 51 000 Deutschlitauer vor Augen. Diese Rücksiedlung war praktisch der einzige Fall einer aktiven deutschen Ansiedlungspolitik auf dem seit Juni 1941 eroberten Gebiet. Er wurde von verschiedenen Faktoren angestoßen: vom Aktivismus Himmlers als Reichskommissar für die Festigung deutschen Volkstums und seines Stabshauptamtes, von den Siedlungsphantasien Hitlers, dem pragmatischen Interesse der Besatzungsverwaltung an einer Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion und vom Selbstverständnis der deutschen Zivilverwaltung, die die Ansiedlung als eine Vorbereitung der Annexion Litauens betrachtete und mitunter die SS an völkischer Radikalität noch zu übertreffen versuchte. Dennoch war die Ansiedlung der rückgeführten Deutschlitauer, die die Vertreibung zehntausender litauischer, polnischer und russischer Bauern von ihren Höfen zur Folge hatte, letztlich weniger der gezielte Beginn einer Teilrealisierung des „Generalsiedlungsplans“ oder des „Generalplans Ost“, als vielmehr der Versuch, einen praktischen Ausweg aus den siedlungspolitischen Sackgassen zu finden, in welche die Umsiedlung der Volksdeutschen in die besetzten polnischen Gebiete, wo die Umsiedler von 1941 zumeist in provisorischen Auffanglagern untergebracht blieben, die Besatzungsinstanzen geführt hatte. Die langfristigen, wissenschaftlich untermauerten Neuordnungspläne waren, so Dieckmanns Schlußfolgerung, für die Täter zwar als Legitimierung ihres Handelns von einer gewissen allgemeinen Bedeutung, doch können sie für sich nicht erklären, warum es im Osten Europas zu den deutschen Massenverbrechen gekommen ist.

Die drei auf den Komplex „Wissenschaft – Planung – Vertreibung“ im Nationalsozialismus konzentrierten Beiträge werden durch vier Aufsätze ergänzt und kontextualisiert, in denen zum einen Gabriele Metzler und Dirk van Laak einen bis ins ausgehende 18. Jh. zurückgreifenden Überblick über die historischen Quellen der allgemeinen Planungsutopie der 1920er Jahre geben, zum anderen ein Blick auf nichtdeutsche Beispiele geworfen wird. Während Jörg Baberowski „Ordnung durch Terror“ als eine „Planungsutopie“ des Stalinismus in der Sowjetunion diskutiert und Christoph Marx über Zwangsumsiedlungen in Südafrika während der Apartheid schreibt, geht Michael G. Esch der Frage nach, welche Rolle ethnische und sozioökonomische Modelle bei der Genese und Durchführung der in Polen nach dem Zweiten Weltkrieg erfolgten Zwangsumsiedlungen gespielt haben. Dabei bezieht er die Diskussionen der Zwischenkriegszeit über eine bevölkerungspolitische Bereinigung polnischer Strukturprobleme ebenso mit ein wie die bemerkenswerten Ansätze polnischer Experten, nationalsozialistische Erfahrungen „im Bereich der Massenumsiedlung von Bevölkerung“ – so ein Referent auf einer wissenschaftlichen Konferenz 1947 – für die eigenen Konzepte nutzbar zu machen. Denn auch in Polen waren Wissenschaftler als Experten an der Ausarbeitung der einzelnen Argumentationsstränge und Planungsmodelle beteiligt. Doch seien hier, so Esch, letztlich weder die territoriale Neugestaltung nach 1945 noch die Zwangsaussiedlung der Deutschen und die Ansiedlung umgesiedelter Polen nach den von Wissenschaftlern entworfenen Plänen und Modellen realisiert worden. Dies sei wegen der politisch gebotenen Eile gar nicht möglich gewesen. Erst zu einem späteren Zeitpunkt, als eine ausreichende Zahl von Siedlern zur Verfügung stand, habe die Stunde der Experten geschlagen. Allerdings habe deren Aufgabe nun nicht mehr darin bestanden, ideale Pläne umzusetzen, sondern darin, die schlimmsten Fehlentwicklungen zu korrigieren. Gleichwohl, so Eschs Fazit, seien auch in Polen die Vorarbeiten der Experten erforderlich gewesen, „um die Politik der kombinierten ethnisch-sozioökonomischen Bereinigung überhaupt denkbar zu machen“.

Münster

Eduard Mühle